

## **Kampf gegen grosse Klassen**

### **Mit der Initiative *Gegen die Erhöhung der Klassengrössen* für die Erhaltung der Qualität in der Volksschule**

Daniel Jositsch, Schulpräsident und  
Co-Präsident der Klassengrösseninitiative

**Im Frühling 2003 kündigte der Regierungsrat das Sanierungsprogramm 04 an. Dieses sieht eine Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrössen in der Volksschule vor. Unterdessen ist bereits von weiteren Sparmassnahmen die Rede; eine weitere Erhöhung der Klassengrössen ist abzusehen. Gegen diese Massnahmen wendet sich die Initiative *Gegen die Erhöhung der Klassengrössen*, die von Lehrer- und Schulbehördenverbänden lanciert wurde. Am 8. November dieses Jahres wurde die Initiative mit über 23'000 Unterschriften eingereicht. Damit erhält das Volk die Gelegenheit, über die Erhöhung der Klassengrössen abzustimmen.**

Im September dieses Jahres wurde das Sanierungsprogramm 04 mit einer hauchdünnen Mehrheit von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern des Kantons Zürich angenommen. Allerdings konnte über die umstrittensten Sparmassnahmen nicht abgestimmt werden, da sie vom Regierungsrat in eigener Kompetenz festgelegt werden konnten. Eine besonders umstrittene Massnahme ist die Erhöhung der Klassengrössen in der Volksschule. Diese sieht vor, dass im Lauf von drei Jahren ab dem Schuljahr 2004/05 die durchschnittlichen Klassengrössen in der Volksschule um 1,5 Schülerinnen und Schüler erhöht werden, wobei die Erhöhung von 0,5 in einen Stellenpool fliessen soll, der den Schulen zur Lösung von Härtefällen zur Verfügung stehen soll. Gegen diese Sparmassnahme wurde von den Lehrer- und Schulbehördenverbänden eine Initiative ergriffen. Ziel der Initiative, über die das Stimmvolk abzustimmen haben wird, ist es, diese Erhöhung zu verhindern.

#### **Was bringt die Initiative**

Die Erhöhung der Klassengrössen in der Volksschule bringt zwangsläufig grössere Klassen mit sich. Solche mindern die Qualität der Schule. Die Grösse der Klasse ist natürlich nicht die einzige Bedingung für einen guten Unterricht. Sie ist aber eine wesentliche Rahmenbedingung für die Qualität der Bildung an der Volksschule. Grosse Klassen verhindern modernen Unterricht, sie erschweren die Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Schülerinnen und Schüler, sie begünstigen disziplinarische Schwierigkeit und die Überlastung der Lehrpersonen, sie erschweren die Förderung schwacher oder auch sehr begabter Kinder etc. Es ist deshalb kein Zufall, dass eine überwiegende Mehrheit der Schulpflegen und Bezirksschulpflegen im Kanton Zürich sowie die Lehrerverbände die Initiative unterstützen. Sie alle wissen aus ihrer praktischen Erfahrung, dass grosse Klassen zwar nicht zwangsläufig in jedem einzelnen Fall zu einer Qualitätsminderung führen, dass mit einer solchen aber gesamthaft gesehen eine massive Verschlechterung der Situation erfolgt. Auch Eltern fordern daher mit gutem Recht, dass ihre Kinder in Klassen mit vernünftigen Grössen unterrichtet werden.

Wird die Klassengrösseninitiative von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern angenommen, so wird die durchschnittliche Grösse der Klassen in der Volksschule auf Gesetzesstufe und nicht wie bisher auf Verordnungsstufe fixiert. Dabei handelt es sich nicht einfach um juristische Haarspalterei. Wenn die durchschnittliche Klassengrösse im Gesetz und nicht bloss in der Verordnung geregelt ist, kann sie zwar auch in Zukunft verändert werden, gegen eine solche Erhöhung kann dann aber das Referendum ergriffen werden. Ohne die von der Initiative angestrebte Verankerung im Gesetz kann dagegen auch gegen eine weitere Erhöhung der Klassengrössen nichts unternommen werden. Dass eine weitere Erhöhung nicht bloss Theorie, sondern bitterer Ernst ist, beweist die kürzliche Ankündigung des nächsten Sparpro-

gramms. Bereits ist eine weitere Erhöhung der Klassengrößen angekündigt worden, die gemäss Aussagen des Volksschulamts zu Regelbeständen von 28 Schülerinnen und Schüler führen würden.

### **Schon eine Erhöhung der Klassen um ein Kind ist verheerend**

Gegen die Initiative wird eingewendet, eine Erhöhung um ein Kind pro Klasse sei ohne grössere Probleme tragbar. Das scheint auf den ersten Blick überzeugend zu sein. Hierbei wird jedoch übersehen, dass ein Anheben der durchschnittlichen Klassengrößen nicht linear in allen Klassen vorgenommen werden kann. In der konkreten Situation einer Schulgemeinde sind verschiedene Rahmenbedingungen zu berücksichtigen: Unterstufenkinder können nicht über grössere Distanzen vom einen Schulhaus zum anderen verschoben werden, Sonderklassen sind als Kleinklassen einzuplanen und heben den Durchschnitt der anderen Klassen, Stellen für Lehrpersonen, die integrativ schulen, sind einzuplanen, in der Oberstufe sind die verschiedenen Abteilungen und Leistungsstufen zu berücksichtigen etc. Alle diese Umstände bringen es mit sich, dass die Erhöhung der Klassengrößen nicht gleichmässig vorgenommen werden kann. Vielmehr werden einzelne Klassen, in denen die Erhöhung aus rechtlichen und organisatorischen Gründen möglich ist, sehr stark betroffen. Klassen mit bis zu 30 Schülerinnen und Schüler werden die Folge sein. Je nachdem führt das dazu, dass Aussenwachen oder ganze Oberstufen geschlossen werden müssen.

### **Warum heute die Umstände anders sind als früher**

Von Kritikern der Initiative wird vorgebracht, früher seien die Klassen auch grösser gewesen. Ein Leserbriefschreiber wies in der Zürichsee-Zeitung darauf hin, dass während des Zweiten Weltkriegs Klassen mit 30 bis 40 Schülerinnen und Schüler die Regel gewesen seien. Das mag richtig sein. Nur bringen uns solche Vergleiche nicht weiter, denn die Gesellschaft und die gesamten Umstände haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur im Bildungswesen erheblich verändert. So befindet sich heute beispielsweise die medizinische Versorgung auf einem ganz anderen Niveau als vor 50 Jahren. Wir alle nehmen den heute erreichten Standard trotz höherer Kosten ganz selbstverständlich in Anspruch, weil er unseren heutigen Bedürfnissen entspricht. Niemand von uns würde es sich wünschen, in einem Spital aus der Kriegszeit operiert zu werden. Ebenso verhält es sich natürlich im Bildungsbereich. Die Kinder sind nicht mehr die gleichen wie damals, die Eltern, die Lehrer, die Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft an die Schule, die Lehr- und Lernformen, die pädagogischen Erkenntnisse etc. haben sich verändert. Eine moderne Schule verlangt kleinere Klassen, weshalb sich im Lauf der Zeit die heutigen tieferen Klassengrößen entwickelt haben. Grössere Klassen sind daher nur unter Inkaufnahme eines qualitativen Rückschritts möglich.

### **Sparen ja, aber am richtigen Ort**

Das Sanierungsprogramm ist ein Sparprogramm. Es wird daher gegen die Initiative eingewendet, dass eine Erhöhung der Klassengrößen zwar bedauerlich sei, aber dass eben auch in der Bildung gespart werden müsse. Es ist zweifellos richtig, dass der Zustand der öffentlichen Haushalte besorgniserregend ist. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass im vergangenen Jahrzehnt nicht nur zahlreiche Gemeinden die Steuern massiv gesenkt haben, sondern dass diese Tendenz auch auf kantonaler Ebene zu verzeichnen war. Selbst unmittelbar vor der Bekanntmachung des Sanierungsprogramms hat der Kantonsrat auf das Jahr 2003 hin die Steuern noch um satte 5 Prozent gesenkt. Teilweise wurden Steuern ganz abgeschafft. Mit der Klassengrößeninitiative werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nun die Gelegenheit haben zu entscheiden, ob sie es richtig finden, dass die Steuersenkungen von den Schülerinnen und Schüler getragen werden müssen. Die Initianten sind jedenfalls der Ansicht, dass das Prinzip *Klassengrößen rauf, Steuern runter* keine Zukunft haben darf.

Trotzdem muss aber auch im Bildungswesen gespart werden. Die Frage ist nur, wo das sinnvollerweise geschehen soll. Leider wurden die Betroffenen, Schulbehörden und Lehrpersonen, nicht dazu eingeladen, am Sparprogramm mitzuarbeiten. Sie hätten nach Lösungen gesucht, die sich weniger negativ auf die Bildungsqualität ausgewirkt hätten als die Anhebung der Klassengrößen. Dies sind keine leeren Worte; ein entsprechender Vorschlag wurde im Rahmen einer Petition der Lehrerverbände im Jahr 2003 unterbreitet. Der wesentlichste Teil des Aufwandes in der Volksschule besteht aus den Personalkosten. In den letzten vier Jahren mussten beispielsweise im Bereich der Sonderschulung rund 100 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das Resultat davon ist, dass mittlerweile zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Schülerinnen und Schüler der Volksschule eine Stützmassnahme in Anspruch nimmt. Es ist unbestritten, dass diese Zahl jeden vernünftigen Rahmen gesprengt hat. Eine zweckmässige Sparmassnahme würde entsprechend darin bestehen, diese Zahl massiv zu senken. Wenn eine solche Massnahme am richtigen Ort ansetzt, bringt sie keinen Qualitätsverlust mit sich. Dies ist aber freilich nicht so einfach vorzunehmen wie die pauschale Erhöhung der Klassengrößen. Gespart werden muss aber dort, wo es sinnvoll ist, nicht dort, wo die Sparmassnahmen am einfachsten umgesetzt werden können.

### **Ein Pakt für die Zukunft**

Es kommt nicht oft vor, dass Behörden und Lehrerverbände zusammen eine Initiative lancieren. Die drohende Erhöhung der Klassengrößen hat diesen Schritt aber notwendig gemacht, denn die Schulpflegen und die Lehrpersonen sind diejenigen die an der so genannten *Front* stehen. Sie wissen, was für verheerende Auswirkungen eine solche Sparmassnahme haben würde. Sie haben es daher als ihre Verpflichtung erachtet, auf die Gefährlichkeit dieser Massnahme aufmerksam zu machen und die Frage der Klassengrössenerhöhung dem Stimmvolk zur Entscheidung vorzulegen. Sparen ist wichtig und unsere Kinder sind auch darauf angewiesen, dass wir ihnen keinen Schuldenberg hinterlassen. Ein gesunder Staatshaushalt wird ihnen aber wenig nützen, wenn die Qualität der Schulbildung, die wir ihnen bieten können, beeinträchtigt wird. Wir werden also das eine mit dem anderen vereinbaren müssen. Solange wir aber die Frage der öffentlichen Finanzen und diejenige der Bildungsqualität gegeneinander ausspielen, wird uns das nicht gelingen. Allein ein Pakt für die Zukunft, in den die wesentlichen Kräfte eingebunden sind, bringt uns weiter. Im Rahmen eines solchen können sinnvolle Sparmassnahmen definiert werden. Zu solchen sind Lehrpersonen und Schulbehörden auch bereit, wenn sie schmerzhaft sind. Auf unzweckmässige Sparübungen wie die Erhöhung der Klassengrößen muss dagegen verzichtet werden.